

Beilage 1352/2015 zu den Wortprotokollen des Oö. Landtags XXVII. Gesetzgebungsperiode

Initiativantrag

**der unterzeichneten freiheitlichen Abgeordneten
betreffend
den Entzug der Staatsangehörigkeit bei Teilnahme an terroristischen oder militärischen
Konflikten**

Gemäß § 25 Abs. 6 der Landtagsgeschäftsordnung wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Resolution

Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung für die Schaffung der notwendigen gesetzlichen Rahmenbedingungen für den Entzug der österreichischen Staatsbürgerschaft einzusetzen, wenn ein Bürger im Ausland an terroristischen oder militärischen Konflikten teilnimmt oder teilgenommen hat, sei es direkt durch Teilnahme an Kampfhandlungen oder indirekt durch logistische oder propagandistische Unterstützungshandlungen.

Begründung

Der radikale politische Islam bedroht gemeinsam mit islamistischen Terroristen die Sicherheit der europäischen Bürger und die unserer Gesellschaftsordnung zugrundeliegenden Freiheitsrechte. Tausende radikale Moslems sind in den letzten Jahren nach Afghanistan, Syrien und in den Irak gegangen, um sich den internationalen Dschihad-Bewegungen, wie al-Qaida oder dem Islamischen Staat, anzuschließen. Im Namen des fundamentalistischen Islams werden Gräueltaten an Angehörigen anderer Religionen und Glaubensgemeinschaften begangen. Der Tod droht dabei auch allen Muslimen, die keine Sunniten sind oder als Apostaten vom 'wahren Glauben' abfallen.

Viele Kämpfer und Unterstützer des IS kehren nach einiger Zeit in ihre europäischen Gastländer, deren Staatsbürgerschaft sie oftmals besitzen, zurück. Sie stellen ein beträchtliches Sicherheitsrisiko für Europas Bürger dar, indem sie neue Dschihadisten anwerben, organisatorische, propagandistische und finanzielle Unterstützungsarbeit leisten und weitere Menschen radikalieren. Besonders die Gefahr, dass diese Menschen für entwurzelte und labile Jugendliche eine gefährliche Vorbildfunktion einnehmen können, muss gebannt werden.

Wir fordern daher, dass die gesetzlichen Rahmenbedingungen geschaffen werden, um diesen Personen die österreichische Staatsbürgerschaft entziehen zu können. Der Entzug muss dabei auch dann möglich sein, wenn diese Bürger dadurch zu Staatenlosen werden.

Linz, am 26. Jänner 2015

(Anm.: FPÖ-Fraktion)

Steinkellner, Schießl, Wall, Klinger, Lackner, Povysil, Mahr, Nerat